



Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach
dem Corona-Schock

Lars P. Feld

20/8

Freiburger Diskussionspapiere
zur Ordnungsökonomik

Freiburg Discussionpapers
on Constitutional Economics

Institut für allgemeine Wirtschaftsforschung
**Abteilung Wirtschaftspolitik und
Ordnungsökonomik**

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg



Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach dem Corona-Schock

von Lars P. Feld¹

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Einleitung

Dass der durch die Covid-19-Pandemie verursachte Schock zum schwersten Wirtschaftseinbruch seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland führt, lässt sich kaum anzweifeln. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2020) geht von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 6,5 Prozent (6,9 Prozent kalenderbereinigt) im Jahr 2020 aus. Im Jahr 2021 erwartet er zwar einen kräftigen Anstieg um 4,9 Prozent. Aber erst im Laufe des Jahres 2022 ist davon auszugehen, dass das Niveau des BIP des Jahres 2019 wieder erreicht wird.

Selbst dieser manchen Beobachtern noch optimistisch erscheinende Verlauf hängt von einer Reihe von Bedingungen ab. Erstens muss selbst, wenn eine zweite Infektionswelle eintritt, sichergestellt sein, dass ein erneuter Lockdown, wie er von März bis Mai 2020 notwendig war, vermieden wird. Dazu muss das Gesundheitswesen entsprechend vorbereitet sein, vor allem müssen aber die Menschen und Unternehmen in Deutschland in der Lage sein, sich so zu verhalten, dass Ansteckungen beherrschbar bleiben. Zweitens hängt die wirtschaftliche Lage in Deutschland von der Entwicklung in anderen Ländern ab. Fahren diese ihre wirtschaftliche Aktivität wegen eines erneuten Anstiegs der Infektionen zurück oder können sie deswegen nicht in einen normalen Bereich zurückführen, wird der Absatz der deutschen Wirtschaft im Ausland stocken und internationalisierte Wertschöpfungsketten können nicht wie gewohnt bedient werden. Dies bedeutet drittens, dass insbesondere die Lage in den europäischen Partnerländern, also vor allem in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), hinreichend stabil ist. Nicht zuletzt wird die zukünftige Entwicklung davon abhängen, welchen Rahmen die Wirtschafts- und Finanzpolitik setzt. Dies gilt für die international bestimmte und abgestimmte Politik, etwa für die vom Protektionismus bedrohten internationalen Handelsbeziehungen, wie für die nationale Politik, etwa die in Reaktion auf die Pandemie und auf die durch die Pandemie verursachten Effekte zunehmende Verschuldung der öffentlichen Haushalte.

Begleitet ist die Corona-Krise von strukturellen Herausforderungen, die schon vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie virulent waren, nun aber verstärkt in den Vordergrund treten. Viel diskutiert wird über die Auswirkungen des technischen Fortschritts vor allem im Zuge der Digitalisierung. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat mit den aktuellen Konjunkturprogrammen ihre Anstrengungen in diesem Bereich intensiviert. Dazu gehören die Verbesserung der digitalen Infrastruktur genauso wie Verbesserungen bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens und der öffentlichen Verwaltung. Von besonderer Bedeutung ist das zunehmend protek-

¹ Erschienen in: Bernd Kortmann und Günther G. Schulze (Hrsg.), *Jenseits von Corona: Unsere Welt nach der Pandemie – Perspektiven aus der Wissenschaft*, Transcript Verlag, Bielefeld 2020, S. 177 – 186.

tionistische Umfeld der internationalen Wirtschaftsbeziehungen mit dem prominenten amerikanisch-chinesischen Handelskonflikt. Der Aufstieg Chinas und sein expansionistischer Drang bereiten der EU ebenfalls große Probleme. Sie hat zudem nicht nur mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs zu kämpfen. Hinzu kommt die fragile Situation in der Europäischen Währungsunion (EWU) angesichts übermäßig verschuldeter Mitgliedstaaten. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beschäftigt die nationale Politik in Deutschland schon seit langem. Ab dem Jahr 2025 intensiviert sich der demografische Wandel aufgrund des Eintritts der sogenannten Babyboomer in den Ruhestand. Zusammen mit der im Zuge der Corona-Krise massiv ansteigenden Staatsverschuldung stellt sich die Frage nach der richtigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im weiteren Verlauf. Schließlich sind verstärkte Schritte in der Klimapolitik erforderlich, um dem Klimawandel erfolgreich entgegen zu treten. Dies gelingt nicht ohne internationale Koordination. Hinsichtlich dieser strukturellen Herausforderungen ist Deutschland also ebenfalls in erheblichem Maße von der internationalen Entwicklung nach dem Corona-Schock abhängig.

Produktivitätsentwicklung und technischer Fortschritt

Der Corona-Schock kann als massiver Produktivitätsschock verstanden werden, der das gesamtwirtschaftliche Angebot genauso wie die gesamtwirtschaftliche Nachfrage trifft. Dabei geht es nicht einmal vordergründig um die akuten Effekte, die ab dem Lockdown zu beobachten waren, etwa die unterbrochenen Wertschöpfungsketten, die stark internationalisierte Volkswirtschaften wie die deutsche besonders treffen mussten. Auf absehbare Zeit wird die Produktivität der Wirtschaft beeinträchtigt sein. Beispielhaft lässt sich dies am Gastgewerbe illustrieren. Die behördlichen Schließungen haben das Gastgewerbe massiv getroffen. Selbst nach der Wiedereröffnung ist es den Restaurants und Bars aber nicht erlaubt, ihre Räumlichkeiten voll auszulasten. Abstände zwischen den Tischen müssen eingehalten werden. Hygienemaßnahmen beeinträchtigen die Dienstleistung. Konsumenten üben Zurückhaltung aus Sorge um Ansteckung. Die Anzahl der über den Tag bedienten Gäste fällt dabei in größerem Maße, als es den Unternehmen gelingt, ihren Personalbestand anzupassen. Die Kosten gehen weniger stark zurück als die Umsätze. Die Produktivität sinkt. Ähnliche Wirkungsketten lassen sich für andere Effekte des Corona-Schocks skizzieren, etwa für die Probleme bei der Kinderbetreuung und weitere Änderungen im Arbeitsangebot.

Die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung ist schon seit einiger Zeit nicht nur in Deutschland schwach (Sachverständigenrat 2015, 2019b). Weltweit lässt sich ein Rückgang des Produktivitätswachstums feststellen. Dabei haben Deutschland und Frankreich im Hinblick auf die in Arbeitsstunden gemessene Produktivität gegenüber den Vereinigten Staaten, die schon lange die Produktivitätsführerschaft innehaben, weitgehend aufgeholt, Frankreich allerdings mit deutlich höherer Arbeitslosigkeit. In den USA werden vor allem mehr Arbeitsstunden absolviert.

Ein stärkerer Anstieg der Produktivität kann durch den technischen Fortschritt erzielt werden. Hier ruhen die Hoffnungen vieler auf der Digitalisierung. Für Deutschland lässt sich bislang feststellen, dass Robotisierung, Automatisierung und Digitalisierung zu keinem nennenswer-

ten Produktivitätsanstieg geführt haben (Elstner et al. 2018). Misst man die gesamtwirtschaftliche Produktivität durch das BIP dividiert durch die Anzahl der Arbeitsstunden (oder die Anzahl Beschäftigte), so erhöht die Digitalisierung einerseits das BIP, führt aber andererseits per saldo zu mehr Beschäftigung. Dies gilt gesamtwirtschaftlich, obwohl Robotisierung, Automatisierung und Digitalisierung in der Vergangenheit zu Arbeitsplatzverlusten in manchen Branchen und Regionen geführt haben, weil diese in anderen Branchen und Regionen kompensiert werden konnten. Die Konzentration auf die Digitalisierung als vordringlicher Bestimmungsfaktor des technischen Fortschritts ist im Übrigen vermutlich überzogen. Gerade vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie sind Fortschritte im Gesundheitswesen und im Pharmabereich ebenso wichtig. Hinzu kommen erforderliche Innovationen, die durch die Klimapolitik ausgelöst werden.

Gerade weil der Corona-Schock sich als schwerer Produktivitätsschock darstellt, wird es erforderlich sein, die richtigen Rahmenbedingungen für Produktivitätsfortschritte zu setzen. Dies bedeutet erstens, dass die durch die Wirtschaftskrise verursachten Strukturwandlungen, etwa weil Unternehmen aufgrund des Schocks Insolvenz anmelden müssen, nicht durch wirtschaftspolitische Maßnahmen verhindert werden. Zwar ist es richtig, dass im Zuge der Konjunkturpolitik in Deutschland Maßnahmen ergriffen werden, um die Liquidität von Unternehmen zu sichern und ihnen so über die akuten Sorgen hinwegzuhelfen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass die schon vor der Krise wenig tragfähigen Geschäftsmodelle fortgeführt werden. Jede Krise sorgt für eine notwendige Flurbereinigung.

Zweitens lässt sich ein höheres Produktivitätswachstum vor allem über Innovationen erreichen. Dazu kann eine Industrie- und Innovationspolitik beitragen, die technologieoffen auf Forschungsförderung setzt und staatliche Infrastruktur als Vorleistung für private Investitionen bereitstellt. Zu leicht wird Industriepolitik jedoch als staatliche Beihilfe für bestimmte Technologien oder gar bestimmte Unternehmen missverstanden. Diesen Holzweg hat die deutsche Wirtschaftspolitik zuletzt mit der industriepolitischen Strategie von Bundeswirtschaftsminister Altmaier eingeschlagen, wenn spezifisch die Batteriezellenproduktion in Deutschland oder ein KI-Airbus gefördert werden sollen. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, wie wichtig die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft sind. Unternehmensgründungen und die Überführung von Start-ups in die Wachstumsphase sind wesentlich für wirtschaftliche Dynamik.

Hier hat Deutschland erheblichen Nachholbedarf. Hierzulande gelingt es ganz gut, Geld in Wissen zu transformieren, also durch einen nennenswerten Einsatz von Forschungsgeldern entsprechende Ergebnisse etwa in Form von Patenten zu erzielen. Die Transformation von Wissen in Geld, die Überführung von neuen Ideen in tragfähige Geschäftsmodelle gelingt weniger gut. Der Corona-Schock wird die Wirtschafts- und Finanzpolitik fordern, die Gesamtheit der Instrumente von der Besteuerung über die Struktur der Staatsausgaben, die Produktmarkt- und Arbeitsmarktregulierung bis hin zur Interaktion unterschiedlicher Rechtsbereiche und deren Wirkung auf Investitionen auf den Prüfstand zu stellen und im Hinblick auf ihre innovationshemmenden Effekte zu hinterfragen. Rechtfertigen andere Zielsetzungen die negativen Effekte auf die Innovationsfähigkeit der Unternehmen nicht, sollten Reformen durchgeführt werden. Jedenfalls verdeutlicht der Corona-Schock, dass Steuererhöhungen nach der Krise

kontraindiziert sind, weil breit angelegte Steuererhöhungen in erheblichem Maße letztlich Unternehmensgewinne treffen.

Protektionismus und Handelskonflikte

Die starke Internationalisierung der deutschen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten erheblich zum Produktivitätswachstum beigetragen. Mit großer Besorgnis muss daher gerade Deutschland auf die Zunahme des Protektionismus seit der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 blicken. Prominentester Ausdruck dieser protektionistischen Kehrtwende ist der Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China. Zwar trifft man überall auf den neuen Protektionismus. Selbst innerhalb der EU sorgt eine Verschärfung des Entsenderechts für eine Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit. Der amerikanisch-chinesische Handelskonflikt ist gleichwohl besonders, weil sich dahinter mehr als die wirtschaftlichen Interessen verbirgt. Der Konflikt ist Ausdruck der offenen Rivalität zwischen beiden Staaten, die in einen neuen kalten Krieg münden kann. China verhält sich zunehmend expansionistisch, im Hinblick auf territoriale Ansprüche beispielsweise im südchinesischen Meer sowie wirtschaftlich mit seiner neuen Kolonialpolitik auf dem afrikanischen Kontinent oder mit dem Seidenstraßenprojekt.

Die Mitgliedstaaten der EU sind sich dieser Problematik bewusst. Sie versuchen, in diesem Gefüge ihren Platz zu finden, dabei aber eigenständig vorzugehen, ohne sich auf eine Seite schlagen zu müssen. Dies dürfte zunehmend schwerer werden. Zwar machen es die Vereinigten Staaten ihren europäischen Partnern in internationalen Gremien und Verhandlungen nicht leicht, sich als amerikanische Verbündete zu verhalten. Aber die freiheitliche und rechtsstaatliche Ausrichtung des Westens wird ihnen letztendlich keine andere Wahl lassen. Je eher die Europäer dies erkennen, umso sicherer wird das wirtschaftliche Umfeld für sie sein.

Dies muss keineswegs bedeuten, dass auf wirtschaftliche Aktivitäten verzichtet wird. Es sollte zudem nicht bedeuten, dass die europäische Politik etwa im Außenwirtschaftsrecht einseitig diskriminiert. Vor allem sollte die EU es vermeiden, sich in eine Festung Europa zurückzuziehen (Kronberger Kreis 2020). Es bedeutet vielmehr, im Grundsatz an Offenheit festzuhalten und mit neuen Handels- und Investitionsabkommen mit den Vereinigten Staaten bzw. China voranzuschreiten. Darüber hinaus sind die Sicherheitsinteressen Europas etwa bei ausländischen Direktinvestitionen stärker in den Vordergrund zu rücken. Die EU unternimmt diese Neudefinition ihrer Interessen bereits. Es ist gleichermaßen Sorge zu tragen, dass sie nicht über das Ziel hinausschießt. Eine solche Neuausrichtung bietet nämlich einen Deckmantel für eigene protektionistische Politik in Form von Beihilfen, Staatsbeteiligungen oder wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen. Die im Zuge der Corona-Krise dahingehend getroffenen Maßnahmen sollten fortwährend auf den Prüfstand gestellt werden.

Herausforderungen für die Europäische Währungsunion

Die EU hat eigene interne Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Mitgliedstaaten, vor allem jener der Europäischen Währungsunion (EWU). Der Corona-Schock hat dies erneut, dieses Mal besonders schonungslos offen gelegt. Manche Mitgliedstaaten sind besonders stark von der Covid-19-Pandemie betroffen und müssen mit deutlich stärkeren Wirtschaftseinbrüchen als Deutschland rechnen. Dies gilt vor allem für Italien, Spanien und Frankreich. Widerstandsfähige Volkswirtschaften verkraften selbst so schwere Wirtschaftskrisen, indem sie geld- und fiskalpolitisch dagegen halten. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist daher richtigerweise sehr expansiv ausgerichtet. Weil verschiedene Mitgliedstaaten, vor allem aber Italien, übermäßig verschuldet sind, bleiben ihre nationalen fiskalpolitischen Spielräume begrenzt. Wollen sie vermeiden, auf den Finanzmärkten ins Gerede zu kommen, müssen sie sich fiskalpolitisch zurückhalten.

Am 21. Juli 2020 haben die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat daher einen sogenannten Aufbauplan („Next Generation EU“) zur Unterstützung der durch die Pandemie wirtschaftlich besonders stark betroffenen Mitgliedstaaten beschlossen. Dieser soll überwiegend mit Zuschüssen in diesen Mitgliedstaaten für fiskalpolitische Impulse sorgen. Dafür darf sich die EU erstmals in größerem Umfang und für relativ lange Laufzeiten verschulden, abgesichert durch Garantien der Mitgliedstaaten in Höhe ihres Anteils am BIP der EU. Um die Mittel abzurufen, müssen die Mitgliedstaaten Aufbau- und Resilienzpläne vorlegen, in denen sie darlegen sollen, inwiefern die geförderten Projekte ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber erneuten Schocks erhöhen. Diese Pläne werden von der Europäischen Kommission und von den anderen Mitgliedstaaten geprüft.

Bei aller Notwendigkeit, aktuell mit expansiver Fiskalpolitik europäisch handlungsfähig zu sein und den Corona-Schock zu bekämpfen, darf nicht vergessen werden, dass in allererster Linie die Mitgliedstaaten mit ihrer nationalen Arbeitsmarkt-, Sozial-, Steuer- und Finanzpolitik für die Resilienz ihrer Volkswirtschaften gegenüber Schocks verantwortlich sind. Die Produktivitätsschwäche Italiens wird nicht vornehmlich durch den Breitbandausbau gesteigert, sondern durch den Abbau von Regulierungen, die Unternehmen daran hindern, zu investieren und Risiken zu übernehmen. Die Politik der EU muss daher verhindern, dass die jetzt besonders betroffenen Mitgliedstaaten ihre neuen finanziellen Spielräume lediglich dazu nutzen, Reformen weiter aufzuschieben. Es hilft wenig, wenn diese vor der nächsten Krise mit dann noch höherer Staatsschuldenquote dastehen.

Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Deutschland wird nach der Überwindung des Corona-Schocks ebenfalls wieder zu solider Finanzpolitik zurückkehren müssen. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise lag die deutsche Staatsschuldenquote noch bei 82,4 Prozent des BIP. Zehn Jahre später, im Jahr 2019 war die Staatsschuldenquote auf 59,8 Prozent des BIP gesunken. Das Ziel der Konsolidierung muss es sein, dies nach der Corona-Krise zu wiederholen. Dies ist nicht selbstverständlich, denn das finanzpolitische Umfeld war in den vergangenen zehn Jahren für Konsolidierungen günstig. Das Wirtschaftswachstum war dynamisch und die Arbeitslosigkeit gering. Zudem gelang es

aufgrund niedriger Zinsen, die Zinsausgaben des Staates allmählich zu verringern (Sachverständigenrat 2019b).

Die kommende Dekade wird weniger günstig für die Konsolidierung sein. Zwar darf mit einer Rückkehr auf den alten Wachstumspfad gerechnet werden, sodass das BIP wieder zu alter Dynamik zurückfindet. Zudem dürfte sich die Arbeitslosigkeit im Zuge der Erholung wieder abbauen lassen. Ähnlich große Einsparungen bei den Zinsausgaben wie zuvor sind jedoch unwahrscheinlich, selbst wenn das Zinsniveau niedrig bleibt. Die Spielräume für niedrigere Zinsausgaben des Staates sind schon in erheblichem Maße in den vergangenen zehn Jahren ausgenutzt worden, indem höher verzinsten Anleihen und Kredite durch niedriger verzinsten abgelöst wurden. Die Durchschnittsverzinsung des Bestands der Staatsschulden ist bereits erheblich gesunken. In der gleichen Größenordnung dürfte eine weiterhin geringe Verzinsung also nicht mehr zur Konsolidierung beitragen können. Hinzu kommt, dass ab dem Jahr 2025 die geburtenstarken Jahrgänge der sogenannten Babyboomer in den Ruhestand gehen werden. Der sich damit intensivierende demografische Übergang wird sogar bis ins Jahr 2080 anhalten, weil die geburtenschwachen Jahrgänge selbst wieder relativ weniger Kinder haben. Für sich genommen erhöht diese demografische Entwicklung den Druck auf die monetären Sozialleistungen.

Aber gerade dort muss die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ansetzen. Angesichts des schweren Produktivitätsschocks, den die Covid-19-Pandemie ausgelöst hat, verbieten sich breit angelegte Steuererhöhungen. Diese würden die Unternehmensgewinne unvermeidlich treffen und daher die Investitions- und Innovationstätigkeit hemmen. Eine Konsolidierung durch Wirtschaftswachstum wäre dadurch beeinträchtigt. Öffentliche Investitionen sollten möglichst gesteigert, statt reduziert werden. Beim öffentlichen Konsum sind ebenfalls verschiedene Bereiche, wie Bildung oder das Gesundheitswesen, angesprochen, die eher Produktivitätssteigerungen mit sich bringen. Der Schlüssel zum Erfolg der Konsolidierung liegt daher auf der Ausgabenkontrolle bei den monetären Sozialleistungen, sodass die Staatsausgaben weniger stark als das BIP steigen.

Klimawandel und Klimaschutz

Abhilfe könnte für manche überraschenderweise die Klimapolitik bieten. Bislang leistet sich Deutschland eine sehr teure Klimapolitik vor allem mit hohen Subventionen der erneuerbaren Energien über den Strompreis, genauer die EEG-Umlage, und einen regionalpolitisch motivierten milliardenschweren Kohleausstieg. Klimaschutz lässt sich hingegen am besten über die Bepreisung von CO₂ erreichen (Sachverständigenrat 2019a). Dies setzt die richtigen Anreize zur Einsparung von CO₂ durch die effizienteste Art der CO₂-Reduktion. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung könnten genutzt werden, um einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten und das Steuersystem klimafreundlich umzubauen.

Mit der Klimapolitik ist die größte Unsicherheit verbunden. Viel hängt davon ab, dass internationale Vereinbarungen zur CO₂-Reduktion bindend zustande gebracht werden. Hat die Politik die Kraft, die CO₂-Bepreisung konsequent umzusetzen, hat dies nicht nur günstige Wirkungen auf den Klimawandel. Darüber hinaus werden die Chancen im Zuge des damit induzierten

technischen Fortschritts überwiegen. Daran dürfte nicht zuletzt die deutsche Wirtschaft ihren Anteil haben.

Fazit

Der Corona-Schock ist ein schwerer Produktivitätsschock. Diesen zu überwinden, wird nicht leicht sein. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss dafür Sorge tragen, dass die eingesetzten Instrumente vor allem produktivitätssteigernd wirken. Wenngleich die nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik viel zu leisten imstande ist, hängt die weitere wirtschaftliche Entwicklung stark von den internationalen Gegebenheiten ab. Und die Rahmenbedingungen sind angesichts des zunehmenden Protektionismus, der Sorge um die Stabilität der EWU, des demografischen Wandels oder des Klimawandels alles andere als einfach. Entgegen vieler im öffentlichen Raum diskutierter Vorstellungen, wird es nicht gelingen, erfolgreich aus der Corona-Krise zu kommen, indem Wertschöpfung ins Inland zurückverlagert wird, sich Europa in seine Festungen protektionistisch zurückzieht und der Staat das Kommando übernimmt. Internationale Offenheit, Wettbewerbsfähigkeit und finanzpolitische Solidität sind der Schlüssel zum Erfolg.

Literatur

Elstner, S., L.P. Feld und C.M. Schmidt (2018), *The German Productivity Paradox – Facts and Explanations*, CESifo Working Paper No. 7231, München.

Kronberger Kreis (2020), *Kein Rückzug in die Festung Europa!*, Schriftenreihe Band 66, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2015), *Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt*, Jahresgutachten 2015/16, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2019a), *Aufbruch zu einer neuen Klimapolitik*, Sondergutachten, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2019b), *Den Strukturwandel meistern*, Jahresgutachten 2019/20, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2020), *Konjunkturprognose für 2020 und 2021*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Freiburger **Diskussionspapiere** zur Ordnungsökonomik

Freiburg **Discussion Papers** on Constitutional Economics

2020

- 20/8: **Feld, Lars P.:** Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach dem Corona-Schock
- 20/7 **Feld, Lars P.:** Wohlstand für alle – Was dieses Versprechen heute bedeutet. Ein Vorwort
- 20/6 **Feld, Lars P.:** Die Wirtschaftskrisen der Zukunft
- 20/5 **Feld, Lars P. / Wieland, Volker:** The German Federal Constitutional Court Ruling and the European Central Bank's Strategy
- 20/4 **Bury, Yannick / Feld, Lars P.:** Fiscal Federalism in Germany
- 20/3 **Vanberg, Viktor J.:** Walter Eucken's Weg zum Ordoliberalismus
- 20/2 **Feld, Lars P.:** Verfahren zum Anleihekaufprogramm der EZB(2 BvR 859/15, 2 BvR 1651/15, 2 BvR 2006/15, 2 BvR 980/16). Stellungnahme zum Fragenkatalog für sachverständige Dritte
- 20/1 **Feld, Lars P. / Reuter, Wolf Heinrich / Yeter, Mustafa :** Öffentliche Investitionen: Die Schuldenbremse ist nicht das Problem

2019

- 19/6 **Kolev, Stefan:** Antipathy for Heidelberg, Sympathy for Freiburg? Vincent Ostrom on Max Weber, Walter Eucken, and the Compound History of Order
- 19/5 **Feld, Lars P. / Frey, Christian / Schaltegger, Christoph A. / Schmid, Lukas A.:** Fiscal Federalism and Income Inequality: An Empirical Analysis for Switzerland
- 19/4 **Goldschmidt, Nils / Wolf, Stephan:** Klimaschutz auf Kosten der Armen? Vorschläge für eine markt- und sozialverträgliche Umsetzung von CO₂-Steuern und des Emissionshandels
- 19/3 **Horn, Karen I.:** The Difficult Relationship Between Historical Ordoliberalism and Adam Smith
- 19/2 **Christofzik, Désiree / Feld, Lars P. / Yeter, Mustafa:** Öffentliche Investitionen: Wie viel ist zu wenig?
- 19/1 **Feld, Lars P. / Hirsch, Patrick:** Zur Grundsteuerreform

2018

- 18/13 **Doerr, Anabelle / Necker, Sarah:** Toward an Understanding of Collaborative Tax Evasion: A Natural Field Experiment With Businesses
- 18/12 **Bury, Yannick / Feld, Lars P.:** Die Heterogenität der kommunalen Haushalts- und Aufsichtsregeln als Herausforderung im vertikalisierten Fiskalföderalismus
- 18/11 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Nientiedt, Daniel:** The German Anti-Keynes? On Walter Eucken's Macroeconomics
- 18/10 **Dathe, Uwe / Hedtke, Ulrich:** Habent sua fata professores. Joseph A. Schumpeter and Walter Eucken
- 18/09 **Feld, Lars P.:** The Quest for Fiscal Rules
- 18/08 **Pfeil, Christian F. / Feld, Lars P.:** Does the Swiss Debt Brake Induce Sound Federal Finances? A Synthetic Control Analysis
- 18/07 **Feld, Lars P.:** Zur Politischen Ökonomik der wirtschaftspolitischen Beratung: Der Sachverständigenrat als ordnungspolitisches Gewissen?
- 18/06 **Koessler, Ann-Kathrin / Torgler, Benno / Feld, Lars P. / Frey, Bruno S:** Commitment to Pay Taxes: Results from Field and Laboratory Experiments
- 18/05 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Wolfinger, Julia:** Modeling Fiscal Sustainability in Dynamic Macro-Panels with Heterogeneous Effects: Evidence From German Federal States

- 18/04 **Burret, Heiko T. / Bury, Yannick / Feld, Lars P.:** Grenzabschöpfungsraten im deutschen Finanzausgleich
- 18/03 **Vanberg, Viktor J.:** Individual Choice and Social Welfare. Theoretical Foundations of Political Economy
- 18/02 **Feld, Lars P. / Schaltegger, Christoph A. / Studerus, Janine:** Regional Risk Sharing and Redistribution – the Role of Fiscal Mechanisms in Switzerland
- 18/01 **Andritzki, Jochen / Christofzik, Désiree I. / Feld, Lars P. / Scheuring, Uwe:** A Mechanism to Regulate Sovereign Debt Restructuring in the Euro Area
- 2017
- 17/03 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Nientiedt, Daniel:** The “Dark Ages” of German Macroeconomics and Other Alleged Shortfalls in German Economic Thought
- 17/02 **Doerr, Annabelle:** Back to work: The Long-term Effects of Vocational Training for Female Job Returners*
- 17/01 **Baskaran, Thushyanthan / Feld, Lars P. / Necker, Sarah:** Depressing dependence? Transfers and economic growth in the German States, 1975-2005
- 2016
- 16/08 **Fitzenberger, Bernd / Furdas, Marina / Sajons, Christoph:** End-of-Year Spending and the Long-Run Employment Effects of Training Programs for the Unemployed
- 16/07 **Sajons, Christoph:** Birthright Citizenship and Parental Labor Market Integration
- 16/06 **Pfeil, Christian F.:** Electoral System Change and Spending: Four Quantitative Case Studies
- 16/05 **Sajons, Christoph:** Information on the ballot, voter satisfaction and election turnout
- 16/04 **Vanberg, Viktor J.:** Social Contract vs. Invisible Hand: Agreeing to Solve Social Dilemmas
- 16/03 **Feld, Lars P. / Ruf, Martin / Schreiber, Ulrich / Todtenhaupt, Maximilian / Voget, Johannes:** Taxing Away M&A: The Effect of Corporate Capital Gains Taxes on Acquisition Activity
- 16/02 **Baskaran, Thushyanthan / Feld, Lars P. / Schnellenbach, Jan:** Fiscal Federalism, Decentralization and Economic Growth: A Meta-Analysis
- 16/01 **Burret, Heiko T. / Feld, Lars P.:** Vertical Effects of Fiscal Rules – The Swiss Experience
- 2015
- 15/11 **Burret, Heiko T. / Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Fiscal Sustainability of the German Laender. Time Series Evidence
- 15/10 **Feld, Lars P. / Fritz, Benedikt:** The Political Economy of Municipal Amalgamation. Evidence of Common Pool Effects and Local Public Debt
- 15/9 **Burret, Heiko T. / Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** (Un-)Sustainability of Public Finances in German Laender. A Panel Time Series Approach
- 15/8 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Is Switzerland an Interest Rate Island After All? Time Series and Non-Linear Switching Regime Evidence
- 15/7 **Doerr, Annabelle / Fitzenberger, Bernd:** Konzeptionelle Lehren aus der ersten Evaluationsrunde der Branchenmindestlöhne in Deutschland
- 15/6 **Vanberg, Viktor J.:** Constitutional Political Economy
- 15/5 **Vanberg, Viktor J.:** Competitive Federalism, Government’s Dual Role, and the Power to Tax
- 15/4 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A. / Nientiedt, Daniel:** Ordoliberalism, Pragmatism and the Eurozone Crisis: How the German Tradition Shaped Economic Policy in Europe
- 15/3 **Vanberg, Viktor:** "Freiheit statt Kapitalismus?" Ein Kommentar zu Sahra Wagenknechts Buch aus Freiburger Sicht
- 15/2 **Schnellenbach, Jan:** A Constitutional Economics Perspective on Soft Paternalism

15/1 **Schnellenbach, Jan:** Die Politische Ökonomie des Entscheidungsdesigns: Kann Paternalismus liberal sein?

2014

14/8 **Schnellenbach, Jan:** Neuer Paternalismus und individuelle Rationalität: eine ordnungsökonomische Perspektive

14/7 **Schnellenbach, Jan:** Does Classical Liberalism Imply an Evolutionary Approach to Policy-Making?

14/6 **Feld, Lars P.:** James Buchanan's Theory of Federalism: From Fiscal Equity to the Ideal Political Order

14/5 **Reckendrees, Alfred:** Weimar Germany: the First Open Access Order that Failed

14/4 **Vanberg, Viktor J.:** Liberalismus und Demokratie. Zu einer vernachlässigten Seite der liberalen Denktradition

14/3 **Schnellenbach, Jan / Schubert, Christian:** Behavioral Public Choice: A Survey

14/2 **Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan-Otmar / Kolev, Stefan:** Walter Eucken's Role in the Early History of the Mont Pèlerin Society

14/1 **Vanberg, Viktor J.:** Ordnungspolitik, the Freiburg School and the Reason of Rules

2013

13/14 **Wegner, Gerhard:** Capitalist Transformation Without Political Participation – German Capitalism in the First Half of the 19th Century

13/13 **Necker, Sarah / Voskort, Andrea:** The Evolution of Germans' Values since Reunification

13/12 **Biedenkopf, Kurt:** Zur ordnungspolitischen Bedeutung der Zivilgesellschaft

13/11 **Feld, Lars P. / Ruf, Martin / Scheuering, Uwe / Schreiber, Ulrich / Voget, Johannes:** Effects of Territorial and Worldwide Corporation Tax Systems on Outbound M&As

13/10 **Feld, Lars P. / Kallweit, Manuel / Kohlmeier, Anabell:** Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut: Makroökonomische Folgen und Verteilungseffekte

13/9 **Feld, Lars P.:** Zur Bedeutung des Manifests der Marktwirtschaft oder: Das Lambsdorff-Papier im 31. Jahr.

13/8 **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Is Switzerland After All an Interest Rate Island?

13/7 **Feld, Lars P. / Necker, Sarah / Frey, Bruno S.:** Happiness of Economists

13/6 **Feld, Lars P. / Schnellenbach, Jan:** Political Institutions and Income (Re-)Distribution: Evidence from Developed Economies

13/5 **Feld, Lars P. / Osterloh, Steffen:** Is a Fiscal Capacity Really Necessary to Complete EMU?

13/4 **Vanberg, Viktor J.:** James M. Buchanan's Contractarianism and Modern Liberalism

13/3 **Vanberg, Viktor J.:** Föderaler Wettbewerb, Bürgersouveränität und die zwei Rollen des Staates

13/2 **Bjørnskov, Christian / Dreher, Axel / Fischer, Justina A.V. / Schnellenbach, Jan / Gehring, Kai:** Inequality and happiness: When perceived social mobility and economic reality do not match

13/1 **Mayer, Thomas:** Die Ökonomen im Elfenbeinturm: ratlos - Eine österreichische Antwort auf die Krise der modernen Makroökonomik und Finanztheorie

2012

12/5 **Schnellenbach, Jan:** The Economics of Taxing Net Wealth: A Survey of the Issues

12/4 **Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan-Otmar:** Eucken, Hayek, and the Road to Serfdom

12/3 **Goldschmidt, Nils:** Gibt es eine ordoliberalen Entwicklungsidee? Walter Euckens Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels

12/2 **Feld, Lars P.:** Europa in der Welt von heute: Wilhelm Röpke und die Zukunft der Europäischen Währungsunion

- 12/1 **Vanberg, Viktor J.:** Hayek in Freiburg
- 2011
- 11/4 **Leuermann, Andrea / Necker, Sarah:** Intergenerational Transmission of Risk Attitudes - A Revealed Preference Approach
- 11/3 **Wohlgemuth, Michael:** The Boundaries of the State
- 11/2 **Feld, Lars P. / Köhler Ekkehard A.:** Zur Zukunft der Ordnungsökonomik
- 11/1 **Vanberg, Viktor J.:** Moral und Wirtschaftsordnung: Zu den ethischen Grundlagen einer freien Gesellschaft
- 2010
- 10/5 **Bernholz, Peter:** Politics, Financial Crisis, Central Bank Constitution and Monetary Policy
- 10/4 **Tietmeyer, Hans:** Soziale Marktwirtschaft in Deutschland - Entwicklungen und Erfahrungen
- 10/3 **Vanberg, Viktor J.:** Freiheit und Verantwortung: Neurowissenschaftliche Erkenntnisse und ordnungsökonomische Folgerungen
- 10/2 **Vanberg, Viktor J.:** Competition among Governments: The State's Two Roles in a Globalized World
- 10/1 **Berghahn, Volker:** Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und das 'Amerikanische Jahrhundert'
- 2009
- 09/10 **Dathe, Uwe:** Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918-1934)
- 09/9 **Wohlgemuth, Michael:** Diagnosen der Moderne: Friedrich A. von Hayek
- 09/8 **Bernhardt, Wolfgang:** Wirtschaftsethik auf Abwegen
- 09/7 **Mäding, Heinrich:** Raumplanung in der Sozialen Marktwirtschaft: Ein Vortrag
- 09/6 **Koenig, Andreas:** Verfassungsgerichte in der Demokratie bei Hayek und Posner
- 09/5 **Berthold, Norbert / Brunner, Alexander:** Gibt es ein europäisches Sozialmodell?
- 09/4 **Vanberg, Viktor J.:** Liberal Constitutionalism, Constitutional Liberalism and Democracy
- 09/3 **Vanberg, Viktor J.:** Consumer Welfare, Total Welfare and Economic Freedom – On the Normative Foundations of Competition Policy
- 09/2 **Goldschmidt, Nils:** Liberalismus als Kulturideal. Wilhelm Röpke und die kulturelle Ökonomik.
- 09/1 **Bernhardt, Wolfgang:** Familienunternehmen in Zeiten der Krise – Nachhilfestunden von oder für Publikumsgesellschaften?
- 2008
- 08/10 **Borella, Sara:** EU-Migrationspolitik. Bremse statt Motor der Liberalisierung.
- 08/9 **Wohlgemuth, Michael:** A European Social Model of State-Market Relations: The ethics of competition from a „neo-liberal“ perspective.
- 08/8 **Vanberg, Viktor J.:** Markt und Staat in einer globalisierten Welt: Die ordnungsökonomische Perspektive.
- 08/7 **Vanberg, Viktor J.:** Rationalität, Regelbefolgung und Emotionen: Zur Ökonomik moralischer Präferenzen. Veröffentlicht in: V. Vanberg: Wettbewerb und Regelordnung, Tübingen: Mohr, 2008, S. 241-268.
- 08/6 **Vanberg, Viktor J.:** Die Ethik der Wettbewerbsordnung und die Versuchungen der Sozialen Marktwirtschaft
- 08/5 **Wohlgemuth, Michael:** Europäische Ordnungspolitik
- 08/4 **Löwisch, Manfred:** Staatlicher Mindestlohn rechtlich gesehen – Zu den gesetzgeberischen Anstrengungen in Sachen Mindestlohn
- 08/3 **Ott, Notburga:** Wie sichert man die Zukunft der Familie?
- 08/2 **Vanberg, Viktor J.:** Schumpeter and Mises as 'Austrian Economists'
- 08/1 **Vanberg, Viktor J.:** The 'Science-as-Market' Analogy: A Constitutional Economics Perspective.

2007

- 07/9 **Wohlgemuth, Michael:** Learning through Institutional Competition. Veröffentlicht in: A. Bergh und R. Höijer (Hg.). Institutional Competition, Cheltenham: Edward Elgar, 2008, S. 67-89.
- 07/8 **Zweynert, Joachim:** Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoriegeschichtliche Betrachtungen.
- 07/7 **Körner, Heiko:** Soziale Marktwirtschaft. Versuch einer pragmatischen Begründung.
- 07/6 **Vanberg, Viktor J.:** Rational Choice, Preferences over Actions and Rule-Following Behavior.
- 07/5 **Vanberg, Viktor J.:** Privatrechtsgesellschaft und ökonomische Theorie. Veröffentlicht in: K. Riesenhuber (Hg.) Privatrechtsgesellschaft – Entwicklung, Stand und Verfassung des Privatrechts, Tübingen: Mohr Siebeck, 2008, S. 131-162.
- 07/4 **Goldschmidt, Nils / Rauchenschwandtner, Hermann:** The Philosophy of Social Market Economy: Michel Foucault's Analysis of Ordoliberalism.
- 07/3 **Fuest, Clemens:** Sind unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht?
- 07/2 **Pelikan, Pavel:** Public Choice with Unequally Rational Individuals.
- 07/1 **Voßwinkel, Jan:** Die (Un-)Ordnung des deutschen Föderalismus. Überlegungen zu einer konstitutionenökonomischen Analyse.

2006

- 06/10 **Schmidt, André:** Wie ökonomisch ist der „more economic approach“? Einige kritische Anmerkungen aus ordnungsökonomischer Sicht.
- 06/9 **Vanberg, Viktor J.:** Individual Liberty and Political Institutions: On the Complementarity of Liberalism and Democracy. Veröffentlicht in: Journal of Institutional Economics, Vol. 4, Nr. 2, 2008, S. 139-161.
- 06/8 **Goldschmidt, Nils:** Ein „sozial temperierter Kapitalismus“? – Götz Briefs und die Begründung einer sozialetisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft. Veröffentlicht in: Freiburger Universitätsblätter 42, Heft 173, 2006, S. 59-77.
- 06/7 **Wohlgemuth, Michael / Brandi, Clara:** Strategies of Flexible Integration and Enlargement of the European Union. A Club-theoretical and Constitutional Economics Perspective. Veröffentlicht in: Varwick, J. / Lang, K.O. (Eds.): European Neighbourhood Policy, Opladen: Budrich, 2007, S. 159-180.
- 06/6 **Vanberg, Viktor J.:** Corporate Social Responsibility and the “Game of Catallaxy”: The Perspective of Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy, Vol. 18, 2007, S. 199-222.
- 06/5 **Pelikan, Pavel:** Markets vs. Government when Rationality is Unequally Bounded: Some Consequences of Cognitive Inequalities for Theory and Policy.
- 06/4 **Goldschmidt, Nils:** Kann oder soll es Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden und gibt es in dieser Frage einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen ‚sozialetischer‘ und ‚ökonomischer‘ Perspektive? Veröffentlicht in: D. Aufderheide, M. Dabrowski (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Sozialwirtschaft. Wirtschaftsethische Perspektiven für den Pflegesektor, Berlin: Duncker & Humblot 2007, S. 53-81.
- 06/3 **Marx, Reinhard:** Wirtschaftsliberalismus und Katholische Soziallehre.
- 06/2 **Vanberg, Viktor J.:** Democracy, Citizen Sovereignty and Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy Volume 11, Number 1, März 2000, S. 87-112 und in: Casas Pardo, J., Schwartz, P.(Hg.): Public Choice and the Challenges of Democracy, Cheltenham: Edward Elgar, 2007, S. 101-120.
- 06/1 **Wohlgemuth, Michael:** Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt. Veröffentlicht in: R. Clapham, G. Schwarz (Hrsg.): Die Fortschrittsidee und die Marktwirtschaft, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 2006, S. 131-162.

2005

- 05/13 Kersting, Wolfgang:** Der liberale Liberalismus. Notwendige Abgrenzungen. In erweiterter Fassung veröffentlicht als: Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 173, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.
- 05/12 Vanberg, Viktor J.:** Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomik ist keine zweite Physik. Veröffentlicht in: G. Abel (Hrsg.): Kreativität. XX. Deutscher Kongress für Philosophie. Kolloquiumsbeiträge, Hamburg: Meiner 2006, S. 1101-1128.
- 05/11 Vanberg, Viktor J.:** Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F.A. Hayeks Kritik am Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“. Veröffentlicht in: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 5: „Soziale Sicherung in Marktgesellschaften“, hrsg. von M. Held, G. Kubon-Gilke, R. Sturm, Marburg: Metropolis 2006, S. 39-69.
- 05/10 Goldschmidt, Nils:** Ist Gier gut? Ökonomisches Selbstinteresse zwischen Maßlosigkeit und Bescheidenheit. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 289-313.
- 05/9 Wohlgemuth, Michael:** Politik und Emotionen: Emotionale Politikgrundlagen und Politiken indirekter Emotionssteuerung. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 359-392.
- 05/8 Müller, Klaus-Peter / Weber, Manfred:** Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer.
- 05/7 Borella, Sara:** Political reform from a constitutional economics perspective: a hurdle-race. The case of migration politics in Germany.
- 05/6 Körner, Heiko:** Walter Eucken – Karl Schiller: Unterschiedliche Wege zur Ordnungspolitik.
- 05/5 Vanberg, Viktor J.:** Das Paradoxon der Marktwirtschaft: Die Verfassung des Marktes und das Problem der „sozialen Sicherheit“. Veröffentlicht in: H. Leipold, D. Wentzel (Hrsg.): Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung, Stuttgart: Lucius & Lucius 2005, S. 51-67.
- 05/4 Weizsäcker, C. Christian von:** Hayek und Keynes: Eine Synthese. In veränderter Fassung veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 95-111.
- 05/3 Zweynert, Joachim / Goldschmidt, Nils:** The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change. In veränderter Fassung veröffentlicht in: Journal of Economic Issues, Vol. 40, 2006, S. 895-918.
- 05/2 Vanberg, Viktor J.:** Auch Staaten tut Wettbewerb gut: Eine Replik auf Paul Kirchhof. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 47-53.
- 05/1 Eith, Ulrich / Goldschmidt, Nils:** Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung: Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive. Veröffentlicht in: D. Haubner, E. Mezger, H. Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg: Metropolis 2005, S. 51-70.

Eine Aufstellung über weitere Diskussionspapiere ist auf der Homepage des Walter Eucken Instituts erhältlich.